

Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht,
auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmer-
staaten des Warschauer Vertrages (Januar 1965, Warschau)

Liebe Genossen und Freunde!

Wir, die Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer
Vertrages, haben uns über die Notwendigkeit verständigt, im Rahmen
des Politischen Beratenden Ausschusses zusammenzukommen, um zu eini-
gen, die Sicherheit unserer Staaten und Völker betreffenden Ent-
wicklungen, Stellung zu nehmen. Es geht um das Vorhaben der Bildung
einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO in dieser oder jener
Form. Es geht in diesem Zusammenhang ganz besonders um das Streben
der westdeutschen Bundesrepublik nach Zugang zur Verfügungsgewalt
über Atomwaffen oder zur Mitbestimmung über Atomwaffen und
deren Einsatz. Diese Entwicklungen sind eine Gefahr für den Frieden
in Europa. Um diese Gefahr abzuwenden, müssen wir uns über eine
gemeinsame Stellungnahme und über gemeinsame Schritte verständigen.

Obwohl in einem Teil der Welt gewisse Fortschritte zu verzeichnen
sind, ist die Spannung zwischen Ost und West weiterhin vorhanden,
zweifellos gefährlicher geworden. Die Regierung der westdeutschen
Bundesrepublik, die selbst ein Produkt der internationalen Spannung
ist, und die von der Fortdauer und Verschärfung der Spannungen
Vorteile für ihre Revanchepolitik erwartet, spielt eine immer größere
Rolle eines internationalen Störzentrums gegen Frieden und Verständigung.
Und das nur 20 Jahre nach der Befreiung von der barbarischen Unterdrückung
durch den deutschen Imperialismus und seiner Hitlerdiktatur.

Die aggressiven Pläne der Regierung in Bonn, die im Bereich der
Politik, der sogenannten Vorwärtstrategie und der atomaren
Aufrüstung zum Ausdruck kommen, sind zweifellos nicht nur gegen
die Entspannung in den internationalen Beziehungen abgewandt ge-
richtet, sondern sie gefährden konkret den Frieden in Europa, hindern
Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Nor-
malisierung ihrer Beziehungen und machen ihre Verständigung über
Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung aussichtslos.

Wir sehen die Hauptaufgabe der Regierung der DDR und ihrer Bürger in dieser historischen Situation darin, zu verhindern, daß von deutschem Boden noch einmal ein Krieg ausgeht. Einen neuen, vom Störzentrum Westdeutschland ausgehenden Krieg in Europa zu verhindern, wird aber nur möglich sein, wenn durch das Zusammenwirken der konsequenten Friedenspolitik der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten mit dem Kampf gegen die Atomrüstung in Westdeutschland und mit internationalen Aktionen gegen den westdeutschen Revanchismus und seinen Griff nach Atomwaffen der gegenwärtig auf Westdeutschland lastende Einfluß der Ultras entscheidend zurückgedrängt wird.

Ohne solche gemeinsamen Anstrengungen zur Zurückdrängung des Einflusses der Ultras in Westdeutschland wird die von uns angestrebte internationale Entspannung schwerlich weitere Fortschritte machen können.

Wir haben unseren Bündnispartnern, den befreundeten Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages, den Entwurf eines Kommuniqués über diese unsere Beratungen sowie den Entwurf eines Vertrages für die Vollversammlung der UN über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen überreicht. Wir haben in diesen Dokumenten auch die Maßnahmen dargelegt, die unseres Erachtens im Interesse der Entspannung und der Sicherung des Friedens notwendig sind. Selbstverständlich sind das nur Entwürfe. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Beratungen viele Gedanken, Anregungen und Vorschläge ergeben werden. Wir werden sie gemeinsam sehr sorgfältig prüfen.

Was den Entwurf eines Kommuniqués betrifft, so sind wir davon ausgegangen, daß diese Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses eine neue Etappe des Kampfes gegen die Mitverflügung Westdeutschlands über Kernwaffen in einer Atomstreitmacht der NATO - gleichgültig in welcher Form - einleiten soll. Wir halten es für unbedingt erforderlich, die Weltöffentlichkeit auf diese neue Etappe des Kampfes gebührend aufmerksam zu machen.

Das Kommuniqué sollte darüber hinaus allen Völkern, politischen Kräften und Gruppierungen, die gegen die MLF auftreten, die Haltung der sozialistischen Staaten zu diesen Problemen klar und umfassend erläutern. Wir versprechen uns davon eine Stärkung der gegen die multilaterale Atomstreitmacht der NATO gerichteten Kräfte.

Die Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen wird im Entwurf des Kommuniqués ausführlich behandelt, um völlig klarzumachen, daß die Staaten des Warschauer Vertrages die Gründung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO in dieser oder jener Variante mit dem Verbot der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen für unvereinbar halten. Das erscheint uns deshalb besonders dringlich, weil die USA-Regierung offenbar darauf spekuliert, daß auch nach Gründung einer MLF die sozialistischen Staaten einem Abkommen über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen zustimmen würden. Das heißt, es sollen gewissermaßen vollendete Tatsachen geschaffen und die sozialistischen Staaten von vornherein in die Situation versetzt werden, daß ihnen nicht nur die bisherigen über Atomwaffen verfügenden NATO-Staaten gegenüberstehen, sondern auch noch eine multilaterale Atomstreitmacht mit einer revanchistischen westdeutschen Regierung am Schalthebel, wodurch die Gefahr eines atomaren Krieges in Europa außerordentlich erhöht würde.

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs eines Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen ließen wir uns davon leiten, daß die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, insbesondere die Mitverfügung der Bonner Regierung, gegenwärtig im Mittelpunkt der internationalen Abrüstungsdiskussion steht.

In der ganzen Welt, selbst in vielen NATO-Staaten, gibt es Kräfte, die für eine Vereinbarung über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen eintreten. Die Position einer Reihe neutraler Staaten kommt unseren Auffassungen nahe. Wenig ist dabei, daß diese neutralen Staaten nicht mehr alle mit Kernwaffen zusammenhängenden Probleme nur als Sache der Großmächte ansehen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Erklärung der Kairoer Konferenz vom Oktober 1958 hinweisen.

Wir sind der Überzeugung, daß in dieser Frage das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen eine internationale Zusammenarbeit gegen die westdeutsche Atomrüstung auf breiter Basis geschaffen werden kann. Es gibt zwar schon einige UN-Resolutionen, in denen gefordert wird, die Weiterverbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen; aber ein entsprechender Vertragsentwurf liegt bisher nicht vor.

Der Entwurf beschränkt sich auf diese eine Frage, aus deren Lösung nicht durch Einbeziehung anderer Probleme zu erwarten ist.

Übrigen haben wir uns in dem Entwurf bemüht, den Vertrag so zu formulieren, daß ihm alle sozialistischen Staaten ohne Ausnahme zustimmen könnten. Ich bemerke, daß unser gemeinsames Ziel nach wie vor das Verbot aller Kernwaffen bleibt.

Liebe Genossen und Freunde!

Ich möchte die Gelegenheit dieser Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages dazu benutzen, Ihnen unsere Einschätzung der Lage vorzutragen:

Der gegenwärtige westdeutsche Bundeskanzler Erhard gab bei seinem Regierungsantritt eine Erklärung ab, er beabsichtige eine Politik der Mitte, das heißt, eine Politik des Ausgleichs zu führen. Inzwischen aber ist völlig klar geworden, daß seine Politik in Wirklichkeit alles andere als eine Politik des Ausgleichs ist. Er hat sich sogar auf eine verschärfte Revanchepolitik festgelegt. In seiner tatsächlichen Politik unterscheidet sich Erhard von Adenauer in der Hauptsache dadurch, daß er einen Atompakt mit den USA erstrebt, der ihm die Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen gibt, wobei er Frankreich und England mehr als Hilfskräfte einschätzt. Adenauer hingegen legte das Schwergewicht auf das Bündnis mit Frankreich, um gestützt auf Frankreich und seine Atomwaffen - die USA zu zwingen, die westdeutschen Forderungen nach atomarer Aufrüstung und Unterstützung der Revanchepolitik zu erfüllen.

Worin besteht das Neue in der Lage? Der Führungsstab der westdeutschen Bundeswehr hat im Auftrag der Bonner Regierung eine Vorwärtsstrategie ausgearbeitet, die dem Ziele dient, mit Hilfe der atomaren Aufrüstung und Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht der NATO die revanchistischen Pläne der Bonner Regierung zu verwirklichen. Im Rahmen dieser Vorwärtsstrategie haben die Bonner Regierung und der Führungsstab der westdeutschen Bundeswehr im sogenannten Trettner-Memorandum die Forderung nach Teilnahme am Verfügungsrecht für Atomwaffen gestellt. Die Bonner Regierung ist sich bewußt, daß sie in jedem Fall bei der Verwirklichung ihrer Pläne in der Weltöffentlichkeit als Aggressor in Erscheinung tritt. Um das zu verschleiern, ist vorgesehen, daß die Aggression in Form eines verdeckten Krieges beginnt. Das heißt, es sind Kriegsmaßnahmen

auf dem Territorium der DDR geplant, ohne daß eine Kriegserklärung erfolgt. Diese militärischen Provokationen sollen vor allem an den Zugangsstraßen nach Berlin durchgeführt werden.

Bei diesem Krieg ohne Kriegserklärung ist vorwiegend der Einsatz traditioneller Waffen, aber daneben auch sogenannter taktischer Atomwaffen vorgesehen. Der im Trettnar-Memorandum vorgezeichnete Atomminengürtel soll dazu dienen, die Flanken des Angriffes abzudecken, etwaige Rückschläge aufzufangen, einen atomaren Überfall zu rechtfertigen und im übrigen die anderen NATO-Mächte in die atomare Auseinandersetzung hineinzuziehen. Diese Atomminen sind also ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten Vorwärtsstrategie.

Die Pläne eines verdeckten Krieges haben frühere Vorstellungen der westdeutschen Militaristen etwas in den Hintergrund gedrängt, wonach der Krieg mit einem Schlagaustausch mit sogenannten taktischen Atomwaffen beginnen sollte. Eine bekannte westdeutsche Tageszeitung ("Stuttgarter Zeitung" vom 22.12.1964) berichtet in diesem Zusammenhang zum Beispiel über die Auffassung, daß Atomminen nicht so gefährlich seien wie dieser Schlagaustausch mit taktischen Atomwaffen. Denn - so heißt es hier, ich zitiere wörtlich - "Der Explosion von Atomminen könnten Amerikaner wie Russen zuschauen und danach konventionell auf deutschem Boden weiter kämpfen".

Die westdeutschen Militaristen spekulierten darauf, daß es ihnen mit dem verdeckten Aggressionskrieg mit traditionellen Waffen und der begrenzten Anwendung sogenannter taktischer Atomwaffen gelänge, könnte, weit nach Osten vorzudringen und sozusagen vollendete Tatsachen zu schaffen, währenddessen die USA, bemüht sein würden, die atomare Weltmacht Sowjetunion durch Verhandlungen über die Verhütung eines nuklearen Weltkrieges hinzuhalten.

Obwohl die Anwendung von Atomminen bereits beim NATO-Manöver "Pallex 64" durchgespielt wurde und bereits beim Besuch des westdeutschen Kriegsministers von Hassel in den USA dem Militärausschuß der NATO in Washington die Vorschläge über den Atomminengürtel vorgelegt wurden, wurde die Öffentlichkeit doch erst im Zusammenhang mit der Pariser NATO-Ratstagung alarmiert.

Solche und ähnliche Vorstellungen eines auf europäischem Territorium beschränkten, sozusagen lokalisierten Krieges mit nur begrenzter Anwendung von Atomwaffen werden in Westdeutschland in aller Öffentlichkeit diskutiert. So vertrat zum Beispiel der Bild-

tärexperte der SPD-Führung, der Bundestagsabgeordnete Helmut Schmidt, schon am 2. April 1964 bei einer Diskussion über NATO-Probleme in Hamburg die Auffassung, es würde wahrscheinlich nicht zu einem großen Atomkrieg kommen. Stattdessen sollten sich die NATO-Länder auf lokale Kriege vorbereiten. Und in diesem Zusammenhang erwähnte Schmidt ausdrücklich die Autobahnen der DDR, über die der Verkehr zwischen Westdeutschland und Westberlin rollt.

Was ist das Wesen dieser Atomkriegspolitik? Vielleicht wird gesagt, es gäbe auch Kräfte, die nicht das Risiko des Atomkrieges wollen. Das ist richtig. Das Wesen der Sache bleibt jedoch bestehen, nämlich das Bestreben der herrschenden Kreise, durch die Verbindung der Revancheforderungen mit der Mitbestimmung Westdeutschlands beim Einsatz von Atomwaffen, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten politisch zu expressen. In der Führung der Sozialdemokratie herrscht die Meinung vor, daß diese Atomdiplomatie der Weg zur Eingliederung der DDR in die westdeutsche Bundesrepublik sei.

Tatsache ist: Die westdeutschen Revanchepolitiker und Militaristen rühmen sich bereits, über militärische Kräfte zu verfügen, die zahlenmäßig nur noch von denjenigen der Sowjetunion, Chinas und der USA übertroffen würden.

Tatsache ist: Schon die Vorbereitung der MLF hat dazu geführt, daß westdeutsches Militärpersonal engsten Kontakt mit atomaren Sprengköpfen und Trägerraketen erhalten hat und an ihnen exakt ausgebildet wird, daß mindestens ein Atomraketen-schiff mit teilweise westdeutscher Besatzung bereits unterwegs ist. Auch hier wird westdeutsches Militärpersonal für den Umgang mit den entsprechenden atomaren Sprengköpfen trainiert.

Tatsache ist: Bei dem Zustandekommen der MLF, ganz gleich, ob in der amerikanischen oder britischen oder auch einer anderen Variante, würde ein Teil der Atomraketen-schiffe unter westdeutschem Kommando stehen, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Tatsache ist: Sowohl in Westdeutschland als auch im Ausland haben die westdeutschen Imperialisten Vorbereitungen für die Herstellung eigener Atomwaffen getroffen.

Tatsache ist: In Westdeutschland ist die Produktion von Raketen bereits in Gange.

Tatsache ist: Die Kommandostellen und höheren Stäbe der NATO sind schon soweit mit westdeutschen Militärs durchgesetzt, daß gar

keine Rede davon sein kann, daß etwa die westdeutschen Militaristen unter der Kontrolle ihrer NATO-Bundesgenossen stünden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die westdeutschen Militaristen üben bereits weitgehend die Kontrolle in der NATO aus.

Wer die Augen vor diesen Tatsachen verschließen würde, geriete in Gefahr, seine Politik auf Illusionen aufzubauen.

Wir können feststellen, daß auch in den USA und in England in den Kreisen mancher Politiker die Überzeugung von der Gefährlichkeit einer solchen Politik wächst. Sie möchten sich nicht im Dienste der westdeutschen Revanchepolitik in einen atomaren Krieg hineinziehen lassen. Im Zusammenhang mit den westdeutschen Plänen der Anlage von Atomminenzonen an der Ostgrenze der westdeutschen Bundesrepublik haben sogar Sprecher der USA-Regierung erklärt, die USA lehnten ein solches Vorhaben ab, weil damit jegliche Kontrollmöglichkeit über die atomaren Sprengsätze und ihre Verwendung illusorisch würde.

Wir sind der Überzeugung: Die Grenze der Kontrollmöglichkeit ist bei jeglicher multilateraler Atomstreitmacht mit westdeutscher Beteiligung bei weitem überschritten.

Auf der Pariser NATO-Ratstagung erlitt die Bonner Regierung eine Niederlage, weil sie die sogenannte Deutschlandinitiative mit der unmittelbaren Forderung nach Mitverfügungsrecht über Atomwaffen verband. Frankreich und England, aber auch die USA, befürchteten mit Recht, daß sie bei einer solchen Politik von der westdeutschen Führung in einen Atomwaffenkrieg hineingezogen werden. Während die französische Regierung in der westdeutschen Politik der atomaren Mitverfügungsgewalt im Rahmen eines Atompaktes der USA mit Westdeutschland eine Gefahr für sich selbst erblickt, ist die britische Regierung vor allem deshalb gegen diese Strategie, da sie - ebenso wie die französische Regierung - gegen die Einwirkung Deutschlands - gleichgültig unter welchen Bedingungen sie erfolgt - ist. Die USA sind der Meinung, daß die Atomrüstung in Westdeutschland forciert werden muß, aber unter der Führung und dem Kommando der USA. Die USA sind also für die Politik der atomaren Erpressung gegenüber den sozialistischen Ländern, wünschen aber, daß diese Politik unter ihrer Kontrolle bleibt. Insbesondere sind eine Reihe NATO-Länder der Meinung, daß eine Voraussetzung für eine solche Politik der atomaren Erpressung eine große Vorbereitung in Form des

Eindringens des Einflusses der Westmächte in die sozialistischen Länder ist. Das soll in den verschiedensten Formen und verschiedensten Methoden auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet geschehen.

Es ist kein Zufall, daß im Zusammenhang mit den Atomrüstungsplänen der Bonner Regierung und dem Trettner-Memorandum die Bonner Regierung die Notstandsgesetzgebung betreibt und die Naziverbrecher rehabilitieren will. Gleichzeitig führt sie einen verschärften Kampf gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Sie führt erpresserische Maßnahmen durch gegen die Regierungen der NATO-Staaten, die an einem Ausbau der Beziehungen zur DDR interessiert sind. Die Bonner Regierung wendet alle möglichen Mittel an, um den Handel der DDR mit den großen kapitalistischen Industriestaaten zu stören und verhindert sogar das Auftreten der Sportler der DDR zum Beispiel in einigen lateinamerikanischen Ländern.

Das Auftreten der Bonner Regierung in Westberlin ist eine Provokation und dient dem Zweck, den Weg für den verdeckten Krieg zu bereiten. Es ist kein Zufall, daß in Westberlin Personen, die auf dem Boden der DDR mit Waffen aufgetreten sind und sogar Morde verübt haben, in öffentlichen Veranstaltungen auftreten und für bewaffnete Anschläge gegen die DDR Propaganda machen können.

Ich möchte hier gleich auf den in der Tat naheliegenden Einwand antworten, diese Konzeption der westdeutschen Regierung, ihrer Revanchepolitiker und Militaristen sei doch zu abenteuerlich und selbstmörderisch, als daß man sie ernst nehmen könnte.

Die geschichtlichen Erfahrungen besagen aber leider etwas anderes: Und ich meine: Wir alle verdienen schärfste Kritik, wenn wir die Erfahrungen der Geschichte vergäßen. Als der deutsche Imperialismus und seine Hitlergenerale, von denen einige an der Spitze der Bundeswehr stehen und führende Positionen in der NATO bekleiden, während des zweiten Weltkrieges, bereits im Jahre 1940, beschlossen hatten, die Sowjetunion zu überfallen, wollten das manche verantwortlichen Politiker nicht glauben. Da ja der Krieg im Westen noch nicht beendet war, war dieses Vorhaben in den Augen mancher verantwortlicher Staatsmänner ein für den Aggressor von vornherein so abenteuerliches und selbstmörderisches Vorhaben, daß sie es für gänzlich unwahrscheinlich hielten und klare Warnungen und sogar exakte Informationen über diese Pläne und über den Termin der Aggression nicht ernst nehmen wollten.

Diese Unterschätzung der traditionellen Abenteuerlichkeit der Politik des deutschen Imperialismus und seiner ebenso traditionellen Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt real einzuschätzen, mußte mit großen Opfern an Gut und Blut bezahlt werden. Gewiß: Der Sieg wurde auch so errungen. Aber er hätte längst nicht so viel zu kosten brauchen.

Schließlich sollten wir auch nicht übersehen, daß zum Beispiel der heutige Generalinspekteur der westdeutschen Armee, Trottner, während des zweiten Weltkrieges selbst ein Kommando der imperialistischen Hitlerwehrmacht führte, das mitten im Frieden Holland mit Bombenangriffen, mit Feuer und Schwert überfiel. Er ist also Spezialist für solche Dinge. Er überfiel ein Nachbarland, mit dem das imperialistische Hitlerdeutschland normale und zeitweilig sogar freundschaftliche Beziehungen unterhielt.

Die Geisteshaltung des Herrn Trottner, der bei dieser unerhörten militärischen Aggression mitten im Frieden eine solche Rolle gespielt hat, ist also hinlänglich bekannt. Wir haben keinerlei Anlaß, anzunehmen, daß er sich etwa grundlegend gewandelt hätte. Und wir können sicher sein, daß er und andere seiner Art die beiden Jahrzehnte, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges verflossen sind, gut genutzt und genügend jüngere Nachfolger ähnlicher Geisteshaltung herangezüchtet haben.

Zum Beispiel hat der Führer der Christlich-Sozialen Union, Herr Strauß, erst kürzlich erklärt, auch Hitler habe keinen Weltkrieg gewollt. Er habe nur beim Einmarsch in Polen nicht angenommen, daß England eingreifen würde. Das heißt, Herr Strauß ist auch heute noch der Meinung, daß Hitlers Politik richtig war, daß der Überfall auf Österreich, die Tschechoslowakei und auch der Überfall auf Polen richtig waren, nur hätte Hitler vorher sicherstellen müssen, daß England auch gegenüber Polen auf ein Münchener Abkommen einging.

Aus den geschichtlichen Erfahrungen müssen wir die Schlussfolgerung ziehen, daß für die gegenwärtige westdeutsche Regierung, für ihre Revanchepolitiker und Hitlergenerale kein Aggressionsplan so abenteuerlich ist. Erfahrungsgemäß überwuchert bei diesen Herrschäften der Haß gegen den Sozialismus und die Revanchelust die sachliche, verstandesgemäße Analyse der wirklichen Lage und des wirklichen Kräfteverhältnisses. Die westdeutschen Militaristen rechnen damit,

mit den Ressourcen der USA und anderer NATO-Länder im Rücken einen Überraschungskrieg auf Europa lokalisieren und gewinnen zu können.

Wir haben also - ob es uns lieb ist oder nicht - in unsere Rechnung einzusetzen: Die herrschenden Kreise in Bonn haben atomare Erpressung und einen begrenzten atomaren Krieg zur Durchsetzung ihrer Revanchepolitik in ihre Konzeption aufgenommen, nachdem ihre ursprüngliche Planung, die DDR zu unterminieren und zu erobern, am 13. August 1961 durch die Sicherung der Grenzen der DDR zum Scheitern verurteilt worden war.

Natürlich gibt es mehrere Varianten für die Durchsetzung der Revanchepolitik der westdeutschen führenden Kreise. Über eine solche andere Variante hat unlängst der bekannte französische Politiker Maurice Schumann offenherzig gesprochen. Er hat vorgeschlagen, die atomare Aufrüstung mit dem Ziel zu betreiben, bei Verhandlungen zwischen den Großmächten über die deutsche Frage die Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die westdeutsche Bundesrepublik durch Verzicht auf die weitere Atomrüstung in Deutschland zu erreichen. Auch das ist natürlich eine Variante atomarer Erpressungspolitik mit dem Ziel der Unterstützung der Bonner Revanchepolitik, die gefährliche Folgen haben könnte.

Einige NATO-Regierungen werden nicht müde zu behaupten, die Beteiligung Westdeutschlands an dieser oder jener Variante einer multilateralen Atomstreitmacht würde die westdeutsche Bundesrepublik binden und sie daran hindern, die eigene atomare Aufrüstung durchzuführen. Das ist ein Versuch bewusster Täuschung oder günstigenfalls Zeichen einer bemerkenswerten Naivität, durch die sich übrigens gewisse herrschende Kreise Englands, Frankreichs und der USA in ihren Beziehungen zum deutschen Imperialismus und Militarismus seit jeher auszeichnen.

Ich möchte hier nur an München erinnern oder an das berühmte Flottenabkommen zwischen Großbritannien und Hitlerdeutschland. In dem einen Falle leisteten die Westmächte Hitler beim Aggressionsakt Hilfestellung mit der Fehlspekulation, damit für sich selbst den Frieden zu sichern und die Aggression nach Osten abzulenken. In dem anderen Falle gab die britische Regierung ihre vertragliche Zustimmung zu einer begrenzten maritimen Aufrüstung Hitlerdeutschlands in der Hoffnung, es damit vertraglich zu binden und die hitler-

deutsche Seekriegsrüstung in für England gerade noch erträglichen Grenzen zu halten. In Wirklichkeit aber gaben die Westmächte mit München dem deutschen Militarismus den Weg frei für Aggression und zweiten Weltkrieg. Und mit dem Flottenabkommen legalisierte Großbritannien lediglich die vorher illegal und mit bestimmten Unbequemlichkeiten betriebene hemmungslose maritime Kriegsrüstung Hitlerdeutschlands.

Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik hatte im Interesse ihrer Wahlpropaganda eine "neue Initiative" in der Deutschlandfrage - auf der Basis ihrer revanchistischen Forderung nach den Grenzen von 1937 - angekündigt. Wie ich bereits erwähnte, hat Bonn auf der NATO-Ratstagung in Paris in dieser Frage eine Niederlage einstecken müssen. Sie wurde durch spätere Erklärungen eines Sprechers der USA-Regierung bestätigt und präzisiert.

Wir schätzen das Abrücken von Bonn in der Frage der sogenannten Deutschlandinitiative auch als Ausdruck der Tatsache ein, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder der Regierung der USA noch der britischen Regierung noch der französischen Regierung eine mit der sogenannten Deutschlandinitiative unzweifelhaft verbundene Verschärfung der Spannungen in Europa genehm wäre.

Die USA haben in Südvietnam und in Afrika mehr Krisenherde, als sie verdauen können. Die britische Regierung hat ihre bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dazu die Krise mit Malaysia und Krisen in anderen Gegenden der Welt. Frankreich hat seine guten Gründe, gegenwärtig eine westdeutsche sogenannte Deutschlandinitiative nicht zu unterstützen.

Aber sowohl im Prinzip als auch in der praktischen Politik unterstützen die USA, England und Frankreich nach wie vor die westdeutsche Revanchepolitik. Vor allem natürlich, soweit sie gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtet ist. Das sahen die imperialistischen Westmächte als ein Mittel an, das Kräfteverhältnis in Europa zu ihren Gunsten zu verändern.

Die Westmächte unterstützen die Bonner Revanchepolitik auch soweit sie das Ziel verfolgt, in andere sozialistische Länder einzudringen und die sozialistischen Staaten nach Möglichkeit auseinanderzumanövrieren. Es erscheint mir wichtig, diese Grundlinie der Politik der Westmächte zu unterstreichen.

Auch die Regierung in Bonn ist für das wirtschaftliche und politische Eindringen in die sozialistischen Länder als Mittel zu einer Schwächung der Position der DDR und zu einer Differenzierung der sozialistischen Länder in ihrem Verhalten zum Deutschland-Problem.

Vereinbarungen zwischen einigen sozialistischen Ländern und Westdeutschland über die Errichtung von Handelsvertretungen und der Abschluß von Handels- oder Kulturabkommen, bei denen Westberlin eingeschlossen ist, werden in der im In- und Ausland geführten Propaganda der westdeutschen Regierung als Beweis für die Behauptung angeführt, Westberlin sei ein Teil der westdeutschen Bundesrepublik, und dies werde sogar von den betreffenden sozialistischen Ländern anerkannt.

In der Westberlinfrage stehen für die DDR Interessen von lebenswichtiger Bedeutung auf dem Spiel. Diese Frage ist für uns etwa von ähnlicher Bedeutung, wie für Volkspolen die Frage der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Der Anspruch, Westberlin sei ein Teil der westdeutschen Bundesrepublik, ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtkonzeption der Bonner Revanchepolitik.

Was ist nun der Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage?
 Unsere Partei, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Nationale Front des demokratischen Deutschland gehen davon aus, daß der Inhalt der nationalen Frage des deutschen Volkes die Sicherung des Friedens ist. Deshalb ist jeder Schritt der internationalen Entspannung und der Abrüstung eine Hilfe für die Herbeiführung einer Entspannung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der Abrüstung in Deutschland. Da die Hauptgefahr für das deutsche Volk und für die Völker Europas der westdeutsche Militarismus ist, kann es nur Fortschritte in der deutschen Frage auf dem Wege der Abrüstung und der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigter Grundlage geben. Die Initiative der Deutschen Demokratischen Republik in der Passierscheinfrage, in Fragen des Verkehrs und einigen anderen Fragen basierte auf der Anerkennung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigter Verhandlungs- und Vertragspartner. Kleine Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten haben nur einen Sinn, wenn sie die

Sicherung des Friedens fördern. Eine Entspannung in Deutschland erfordert vor allem die Beseitigung aller Maßnahmen, die zur Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger dienen (Travelboard-Büro und andere Überreste des zweiten Weltkrieges).

Wie kann der westdeutsche Militarismus gebändigt und wie kann seiner revanchistischen Vorwärtsstrategie entgegengewirkt werden?

Das kann geschehen:

Durch eine große systematische Aufklärungsaktion in beiden deutschen Staaten und auch auf internationaler Ebene, mit der das Geheimnis der Kriegsvorbereitungen und das Kriegsausbruches auf Grund der vom Führungsstab der Bundeswehr und vom westdeutschen Kriegsministerium veröffentlichten Mitteilungen enthüllt wird.

Durch eine systematische Aufklärungsarbeit der DDR und der gesellschaftlichen Organisationen der Staaten des Warschauer Vertrages in Westdeutschland über die Abenteuerlichkeit und Aussichtslosigkeit der revanchistischen Pläne und der Kriegsvorbereitungen sowie durch entschiedenen Kampf gegen alle Formen des kalten Krieges, insbesondere gegen Revanchismus und Antikommunismus und durch eine breite Aufklärungsarbeit über die humanistische Politik und den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern.

Durch eine systematische internationale Aufklärung über das Wesen des westdeutschen Militarismus und Revanchismus. Dabei sollen alle politischen und diplomatischen Beziehungen ausgenutzt werden, um jede Anmaßung der westdeutschen Regierung, allein für Deutschland zu sprechen, entschieden zurückzuweisen und die Hallstein-Doktrin unwirksam zu machen und die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen anderer Staaten zur DDR auf allen Gebieten zu fördern.

Durch Ausnutzung aller politischen und diplomatischen Beziehungen, um den Absichten und Zielen der westdeutschen Militaristen entgegenzuwirken.

Die sozialistischen Staaten sollten in ihren Beziehungen zu Westdeutschland alles tun, um diejenigen Kräfte zu stärken, die für die friedliche Koexistenz und für die Herstellung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten einzutreten.

Um den von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik beabsichtigten Konflikten rechtzeitig und wirksam zu begegnen, ist es notwendig, jedwede Ansprüche der Regierung in Bonn auf Rechte in Westberlin abzulehnen und alles zu tun, um normale Beziehungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin herzustellen bzw. zu fördern.

Es sollten schließlich alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die europäischen Staaten und Völker für eine Europapolitik der Sicherheit, der Minderung der Rüstungen, der friedlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit zu gewinnen.

Was die Wiedervereinigung Deutschlands betrifft, so ist gegenwärtig durch die Atomrüstung der westdeutschen Bundesrepublik jeder ernsthafte Schritt blockiert. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands ohne Bändigung des deutschen Militarismus möglich ist. Die vier Mächte können dem deutschen Volke dadurch helfen, daß sie Vereinbarungen über die Abrüstung und vor allem über die Abrüstung in beiden deutschen Staaten treffen und dabei an ihre eigenen vertragsmäßigen Vereinbarungen im Potsdamer Abkommen anknüpfen.

Wir haben im Interesse der Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten keine Mühe gescheut, um auf der Grundlage der Gleichberechtigung wenigstens kleine Schritte vorwärtszukommen. Das haben wir auch im Verhältnis zu Westberlin getan. Auf dieser Basis haben wir den Handelsverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten entwickelt und zum Beispiel die bekannten Passierscheinabkommen mit dem Senat von Westberlin abgeschlossen.

Ich möchte dabei nicht verschweigen, daß die Durchführung dieses Passierscheinabkommens für uns eine kostspielige Angelegenheit ist. Denn stellen Sie es sich bitte vor, was es praktisch bedeutet, wenn

innerhalb von 14 Tagen eine Million oder sogar noch mehr Westberliner über unsere Grenze strömen. Das erfordert natürlich für uns einen großen Arbeits- und Kraftaufwand und auch große materielle Aufwendungen.

Aber niemand soll annehmen, daß etwa mit einer Serie solcher kleiner Schritte die von dem Störzentrum Westdeutschland drohenden Gefahren für den Frieden in Europa beseitigt oder auch nur wesentlich verringert werden könnten.

Was können wir gemeinsam tun, um die Gefahren abzuwenden, den Einfluß der westdeutschen Atomrüstungspolitik und der Revanchepolitik zurückzudrängen?

Wir sind der Überzeugung:

1. Notwendig ist ein gemeinsames Auftreten, das den westdeutschen Revanchepolitikern verständlich macht, daß sie weder mit der Atomdiplomatie noch mit der atomaren Erpressung noch mit irgendwelchen Kriegsprovokationen irgendeinen Erfolg erzielen können. Die Vereinbarungen des Warschauer Vertrages und der Freundschafts- und Beistandepakt der DDR mit der Sowjetunion sind Garantien für die Sicherung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik, ebenso wie für die Sicherheit der Grenzen der DDR, der CSSR, der Volksrepublik Polen und der anderen beteiligten sozialistischen Länder. Wir schlagen vor, das Vereinigte Oberkommando zu beauftragen, die erforderlichen militärischen Maßnahmen auszuarbeiten und vorzubereiten für den Fall, daß die westdeutsche Bundesrepublik in irgendeiner Form an einer multilateralen Atomrüstung oder an der Mitbestimmung über Kernwaffen beteiligt wird. Wir schlagen vor, daß der Plan der Maßnahmen bis zum 1. Juni 1965 dem Politischen Beratenden Ausschuss vorgelegt wird.
2. Es ist notwendig, den Westmächten zu erklären, daß die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes nur auf dem Wege einer friedlichen Regelung möglich ist. Das erfordert internationale Entspannung und Schritte der Abrüstung sowie die Verständigung zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten und die Abrüstung in beiden deutschen Staaten.

3. Notwendig ist ein gemeinsames Auftreten der Staaten des Warschauer Vertrages vor dem Forum der UNO.
4. Notwendig ist, die Führer der politischen Parteien und der Regierungen der Welt für eine Politik der Entspannung zu gewinnen, deren Grundlage die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und die Herstellung normaler Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik ist.
5. Notwendig ist der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO.
6. Notwendig ist ein gemeinsamer Vorstoß für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa.
7. Notwendig sind gemeinsame Schritte zur Herbeiführung einer Vereinbarung der vier Mächte über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges.
8. Notwendig ist eine Friedensregelung, die von beiden deutschen Staaten anerkannt wird, und auf deren Grundlage die friedliche Regelung des Westberlin-Problems.

Es läge im Interesse der Sicherung der Entspannung und des Friedens, wenn beide deutsche Staaten Mitglieder der UNO würden.

Welches sind unsere Vorschläge für die Zusammenarbeit der Völker und Staaten in Europa?

Wir sind der Ansicht, daß die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa unter Einschuß beider deutscher Staaten und der Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO in besonderem Maße geeignet wären, die Entspannung in Europa sowie die Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu fördern. Wir sind für die gute Zusammenarbeit aller Staaten Europas. Wir sind für ein europäisches Sicherheitssystem, das die Sicherheit aller europäischen Länder gewährleistet und das von allen Europäern den Druck der Kriegsgefahr nimmt. Wir sind im Zusammenhang mit Abrüstungsmaßnahmen auch für Vereinbarungen über die Kontrolle der Rüstungsproduktion und für die Durchführung von Kontrollmaßnahmen in beiden deutschen Staaten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen.

Wir sind der Ansicht, daß eine gemeinsame Geschichte und eine in Jahrhunderten gewachsene Kultur, zu der alle europäischen Völker

bleibende Beiträge geleistet haben, sowie das gemeinsame Interesse an der Sicherung des Friedens gute Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben und eine gute Zusammenarbeit - ungeachtet aller weltanschaulichen Gegensätze und politischen Unterschiede - bieten sollten.

Wir sozialistische Staaten fühlen uns in besonderem Maße verantwortlich für das humanistische und kulturelle Erbe der Völker Europas. Denn zwei Drittel des Territoriums von Europa sind Territorien sozialistischer Staaten. Und jeder zweite Bewohner unseres Kontinents ist Bürger eines sozialistischen Staates. Wir treten dafür ein, daß die sozialistischen Staaten Europas allen Nationen unseres Kontinents die Hand reichen, um gemeinsam den Frieden in Europa zu sichern, die humanistischen Traditionen zu wahren und fortzusetzen. Wir sind dafür, daß wir gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten danach streben, das kulturelle Erbe der Völker Europas durch kulturelle Leistungen und Schöpfungen unserer Tage zu bereichern und vor allem auch dafür zu sorgen, daß sie unverehrt unseren Enkeln und Urenkeln übergeben werden können.

Welche Gesellschaftsordnung sich schließlich in ganz Europa durchsetzen wird, das wird der friedliche schöpferische Wettbewerb zwischen gleichberechtigten, freien, von keiner Hegemonie und keinem Kriegsfurie bedrohten europäischen Nationen entscheiden. Gegensätze in der Weltanschauung und Unterschiede im politischen System brauchen jedenfalls kein Hindernis für eine gute Zusammenarbeit und den großen schöpferischen Wettbewerb der europäischen Völker zu sein.

Die Deutsche Demokratische Republik befindet sich unter den Staaten Europas in einer besonderen Lage. Im Ergebnis der historischen Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg konzentrieren sich hier die Hauptprobleme des Zusammenlebens der europäischen Völker wie in einem Brennglas. In gewisser Beziehung führen die Wege zur Sicherung des Friedens und zu einer Verständigung ganz Europas über die Verständigung mit der DDR. Angesichts der Tatsache, daß wir das deutsche Friedensstaat sind, der die Vergangenheit bewältigt hat, ist es natürlich, daß von der Deutschen Demokratischen Republik die große Initiative zur Sicherung des Friedens für das deutsche Volk ausgegangen ist.

Ist ein Tauwetter in Europa möglich? Ich meine ja. Das Eis des kalten Krieges, das so lange die Zusammenarbeit in Europa blockiert, kann zum Schmelzen gebracht werden. Unsere Politik, die in der Deutschen Friedensdoktrin festgelegt ist, dient einem Tauwetter in Europa. Wir sind bereit, mit allen europäischen Staaten und Völkern, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Ordnung, politische Ziele und Weltanschauung sowie mit allen Europäern guten Willens zusammenzuarbeiten. Beginnen sollten wir mit der Herbeiführung einer echten Entspannung durch Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und Völkern. Um das zu erreichen, ist vor allem der gute Wille aller Beteiligten und die Bereitschaft zu vertrauensvoller Zusammenarbeit notwendig. Wir sind davon überzeugt, daß ein solches Tauwetter den friedlichen Interessen aller Völker Europas nützt.

Liebe Genossen!

Angesichts der Gefahren, die mit der atomaren Rüstung Westdeutschlands verbunden sind, halten wir es für notwendig, daß die Staaten des Warschauer Vertrages sich regelmäßig konsultieren und enger zusammenarbeiten. Die Bonner Regierung darf keinerlei Hoffnung haben, daß es ihr durch Differenzierung zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages gelingen könnte, den Druck gegen die DDR und gegen die Sowjetunion zu verstärken.

Es erscheint uns auch erforderlich, unser Auftreten in den jungen Nationalstaaten besser zu koordinieren. Neuerdings pflegen sich zum Beispiel die diplomatischen und sonstigen Vertreter der westdeutschen Bundesrepublik in manchen dieser Staaten nicht mehr als Vertreter der Bundesrepublik, sondern als Vertreter Deutschlands zu bezeichnen. Es ist klar, worauf diese Haltung hinzelt. Es soll im

Bewußtsein der Menschen die Revanchepolitik begründet werden. Unseres Erachtens erfordert es das gemeinsame Interesse der Staaten des Warschauer Vertrages, daß wir in jedem solchen Fall bei der betreffenden Regierung wegen dieser Anmaßung protestieren und auf den Gebrauch der korrekten Landesbezeichnung zur Kennzeichnung der Vertreter der Bonner Regierung bestehen. Wir verkennen natürlich nicht, daß ein Teil der sich mehr und mehr steigenden chauvinistischen Hetze in Westdeutschland auf das Konto Wahlpropaganda zu setzen ist. Aber wir wissen auch: eine einmal erreichte chauvinistische Verhetzung großer Teile der Bevölkerung behält auch nach den Wahlen ein für den Frieden und die Entspannung gefährliches Eigengewicht.

Die Bonner Regierung spekuliert nicht zuletzt auf wirtschaftliche Schwierigkeiten in den sozialistischen Ländern, insbesondere auf Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Wir halten es aus diesem Grunde und auch aus anderen Gründen für notwendig, daß wir uns über außerordentliche Maßnahmen verständigen mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Produktion unserer Länder schnell und in bedeutendem Maße zu erhöhen. Das wird ein wesentlicher Maßstab für unsere Stärke und Unabhängigkeit sein. Das wird auch sehr dazu beitragen, das Kräfteverhältnis schneller zu unseren Gunsten zu verändern und diese Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus den Völkern bewußt zu machen.

Liebe Genossen!

Wir verstehen: Die Entwicklung in den sozialistischen Ländern und in den Beziehungen zwischen ihnen ist soweit fortgeschritten, daß eine Anzahl neuer Probleme der Lösung harren. Aber auch wenn diese Aufgaben sehr kompliziert sind, so sind sie doch auf dem Wege der brüderlichen Zusammenarbeit und der Verständigung lösbar. Es gibt also Probleme, die wir kameradschaftlich ausdiskutieren sollten. Wir sind bereit, von den Vertretern der sozialistischen Bruderländer Bemerkungen und Vorschläge auch zu unserer eigenen Taktik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik entgegenzunehmen und sie sorgfältig auf ihre Anwendbarkeit im Hinblick auf unsere besondere Situation zu prüfen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.